

### III. Politische Partizipation und Mitbestimmung

## Vorbemerkungen

Die Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit vielfältigen Aspekten von Partizipationsmöglichkeiten und -bewegungen im Bereich gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion. Allerdings war schon aufgrund der vorliegenden Beiträge absehbar, daß die Diskussion kaum die Disparität der empirischen und theoretischen Analysen, zugleich auch kaum die Verschiedenheit der wissenschaftstheoretischen wie politischen Positionen überwinden würde. Dies hat sich in der Diskussion bestätigt, die sich wesentlich zu einer Konfrontation verschiedener Standpunkte entwickelte, wobei die bestehenden Gegensätze noch durch den mangelnden – im kurzen Diskussionszeitraum auch nicht aufzuarbeitenden – begrifflichen und methodologischen Konsens verstärkt wurde. Gleichzeitig wurde jedoch – trotz dieser Konfrontation – kritisiert, daß das Spektrum der in der Arbeitsgruppe vertretenen wissenschaftstheoretischen und politischen Positionen zu eng gewesen sei, um eine umfassende Auseinandersetzung über Demokratisierungspotentiale in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen sowie deren Aufarbeitung in unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Theorien zu führen.

Gleichwohl bestand weitgehende Übereinstimmung darüber, daß etwa seit Mitte der 60er Jahre in allen hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften neue Ansätze von Demokratisierungspotentialen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen (über die Anwendbarkeit der Begriffe Produktions- und Reproduktionsbereich bestand keine Übereinstimmung!) festzustellen sind, die ihrerseits Bewußtseinsveränderungen der Lohnabhängigen, aber auch anderer sozialer Gruppen reflektieren. Damit wird der Spielraum autonomer Handlungsmöglichkeiten – sowohl auf die Funktion politischer und sozialer Institutionen als auch auf soziale Gruppen und politische Organisationen bezogen – erweitert. Der Arbeitsgruppe lagen sowohl Bericht über einzelne Bürgerinitiativen und Bürgerinitiativen in verschiedenen Regionen (Berlin-Kreuzberg, Ruhrgebiet, Bürgerinitiativen in der Stadtplanung) als auch systematisch-analytische Beiträge vor, in denen von den je konkreten Erfahrungen abstrahierend nach Chancen und restriktiven Bedingungen für ein derartiges Demokratisierungspotential gefragt wurde. Die Berichte über Bürgerinitiativen sowie von Gewerkschafts- und Betriebsvertretern (u. a. über das Ahrensburger Modell und Süßmuth) unterstützten die These einer in den letzten Jahren realisierten Ausdehnung der Sphäre von Partizipation, Mitbestimmung und Kontrolle, verdeutlichten jedoch zugleich auch Schranken und Grenzen solcher Demokratisierungsversuche.

In der Analyse der gesellschaftlichen Voraussetzungen, der politischen Zielsetzung sowie der Perspektive solcher Initiativen konkretisierten sich freilich die bereits genannten gegensätzlichen Standpunkte.

Auf der einen Seite wurde das Konzept einer „multifrontalen Demokratisierungsstrategie“ vertreten, wie es Fritz Vilmar zusammenfassend in Thesen formulierte:

1. Um Autonomie der demokratischen Instanzen und Kräfte gegenüber dem Kapital zu verstärken bzw. überhaupt erst ansatzweise herzustellen, sind die z. Zt. sehr disparaten Mitbestimmungsversuche und Protestaktionen zum Bewußtsein und objektiven Niveau einer umfassenden multifrontalen Demokratisierungsstrategie zu bringen. Dies kann theoretisch nur geleistet werden, wenn der Nicht-Produktionsbereich künftig nicht länger relativ abgewertet wird als bloß nachgeordneter Bereich der Reproduktion. Vielmehr ist das Ensemble von Emanzipations- und Demokratisierungsprozessen im Sozialisations- und Bildungssektor, im kommunalen und politischen Organisationsbereich (Parteien, Gewerkschaften) usw. als zunehmend wichtiger werdendes eigenständiges Transformationspotential theoretisch zu konstituieren.
2. Es ist theoretisch immer wieder konstruiert, aber geschichtlich-empirisch niemals verifiziert worden, daß „das System“ sogenannte strukturelle Grenzen hat, die durch Strategien schrittweiser Demokratisierung und Reform nicht überwindbar sind. Die apriorische Setzung von Systemgrenzen, hinter der das Zwei-Phasen-Modell Kapitalismus-Revolution-Sozialismus steht, wird für theoretisch wie gesellschaftspolitisch lähmend gehalten, weil „nicht-revolutionäre“ Reformkonzepte und -schritte dann von vornherein als systemimmanent abqualifiziert werden. Statt dessen ist künftig viel genauer zu analysieren, welche inhaltlichen wie organisatorischen Demokratisierungsschritte systemverändernde Kraft haben im Sinne eines revolutionären Reformismus.

Auf der anderen Seite stand eine marxistisch orientierte Konzeption, die den Charakter von Demokratisierungspotentialen auf die Entwicklung des gesamtgesellschaftlich dominierenden Gegensatzes von Lohnarbeit und Kapital, auf die neuen Vermittlungsfunktionen staatlicher, politischer und ökonomischer Intervention – namentlich in der Reproduktionssphäre – sowie auf die Realisierungsmöglichkeiten qualitativ neuer Formen der gesellschaftlichen Organisation der Produktion bezieht. Dementsprechend wurde neben der allgemeinen Herleitung gesellschaftlicher Widersprüche aus den jeweils spezifischen Verwertungsbedingungen des Kapitals – in ihrer nationalen und internationalen Dimension – die besondere Bedeutung der Rekonstruktion der auf die Erringung autonomer Gegenmachtpositionen orientierten Arbeiterbewegung Westeuropas sowie der „Übergangscharakter“ von Kämpfen um Partizipation und Kontrolle im Produktionsbereich hervorgehoben. Zugleich wurde mit der Kennzeichnung des „Doppelcharakters“ der Mitbestimmung auf die potentiellintegrative Funktion von Partizipationsmodellen im Sinne einer Kanalisierung sozialer und politischer Konflikte hingewiesen. Berichte über die Differenzierung der Mitbestimmungs- und Kontrollforderungen der Arbeiterbewegung in verschiedenen Ländern Westeuropas ließen die unterschiedlichen Inhalte von Strategien erkennen, wobei freilich in einem umfangreichen Referat der Versuch unternommen wurde, diese divergierenden Erscheinungsformen auf die allgemeine Grundlage der kapitalistischen Überakkumulationskrise zurückzuführen.

In der Diskussion wurde wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß in den verschiedenen Konzeptionen die Möglichkeit der institutionellen Kanalisierung von Kon-

\* Anmerk. des Herausgebers: Auf Fritz Vilmars Beitrag mußte aus Gründen der Kürzung verzichtet werden. Dies erscheint deshalb als tragbar, weil Vilmars Position in seinen zahlreichen, einschlägigen und leicht zugänglichen Publikationen faßbar und nachlesbar ist. Vgl. u. a. F. V.: Strategien der Demokratisierung Bd. I: Theorie und Praxis; Bd. II: Modelle und Kämpfe der Praxis, Darmstadt 1973; und ders.: Menschenwürde im Betrieb, Reinbek 1973.

flikten und von Partizipationsmodellen vernachlässigt werde. Hier ist vor allem die Funktion und Reichweite staatlicher Integrationsstrategien im Produktions- und Reproduktionsbereich angesprochen, die allerdings in der Diskussion der Arbeitsgruppe nicht hinreichend geklärt werden konnten. Gleichzeitig wurde gefordert, daß die Diskussion von Mitbestimmungs- und Partizipationsmodellen und deren Geschichte auf den Bereich sozialistischer Übergangsgesellschaften ausgedehnt werden müsse. Zudem wurde auf ein erhebliches Defizit in der sozialwissenschaftlich-empirischen Analyse von realen Demokratisierungsversuchen sowie von Bewußtseinsprozessen hingewiesen. Um dieses Defizit auszugleichen, müßte dem Sozialwissenschaftler Zugang zu seinem Forschungsbereich (Betriebe und Verwaltungen, Gewerkschaften und Parteien einschließlich deren Akten- und Archivbestände u. a. m.) gewährleistet sein.